Morgen-Ausgabe
mit illustriertem Sportblatt

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 30 Pfg.

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Nollendorf 4783-88.

Sonnabend, 18. Juni 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12,—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1,50, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4,50. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Nollendorf 5980-88.

Nr. 280
A 66

Tages-Spiegel.

Reichskanzler Dr. Wirth sprach gestern im Reichstag zum Fall Gareis und zur Entwaffnungsfrage.

*

Beim Magistrat Kattowitz sind bisher Aufruhrschäden in Höhe von drei Millionen Mark angemeldet worden.

*

Die Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben ein Protesttelegramm an die interalliierten Ministerpräsidenten gesandt.

*

Der Garnisonskommandant von Beuthen General Le Comte Denis hat über die Stadt das Standrecht verhängt.

Die amerikanische Handelsflotte.

Nach Nachrichten aus den Vereinigten Staaten ist die Ernennung des Chikagoer Finanzmannes Albert Lasker zum Präsidenten des Shipping Board als Anfang eines Umschwunges der gesamten amerikanischen Schiffahrtspolitik zu betrachten. Man scheint sich in Amerika, dem Beispiele Frankreichs folgend, entschlossen zu haben, sobald als möglich die dem Staate gehörige Handelstonnage zu verkaufen und das staatliche Reedereigeschäft ganz aufzugeben. Die Erfahrungen lehren eben, daß das Schiffahrtsgewerbe für Sozialisierungs- oder sonstige Bestrebungen besonders ungeeignet ist.

Nicht uninteressant ist der Kommentar, den die „Londoner Financial News" hierzu geben. Das City-Blatt weist darauf hin, daß der Verkauf der Schiffe des Shipping Board natürlich nur unter schweren Verlusten erfolgen könne. Es müsse als zweifelhaft gelten, ob überhaupt Käufer für die Schiffe gefunden werden, da dieselben keineswegs die Qualität besäßen, um sie zu einem internationalen Wettbewerb geeignet zu machen. Die meisten würden wohl zum alten Eisen geworfen werden müssen. Die amerikanische Handelsflotte sei eben eine reine Kriegsimprovisation mit all ihren Fehlern und Nachteilen. Sie friste heute ihre Existenz nur auf Grund der Kriegsereignisse. Die Hauptschwierigkeit, auf die Dauer eine große amerikanische Handelsflotte zu unterhalten, die sich rentiert, liege darin, daß das Personal in Amerika zu teuer und nicht genügend ausgebildet sei. Ueber diese Schwierigkeiten hinwegzukommen sei wohl kaum möglich.

Wenn diese Ausführungen des englischen Blattes, die in recht unverblümter Weise die englischen Wünsche wiedergeben und in Amerika nicht sehr viel Beifall finden werden, natürlich nur mit Vorsicht aufzunehmen sind, so beweisen die Nachrichten aus den Staaten doch unbestreitbar, mit welch großen Schwierigkeiten die amerikanische Handelsschiffahrt zu kämpfen hat und daß sich eine große Handelsflotte trotz unbeschränkter Möglichkeiten nicht einfach aus dem Boden stampfen läßt. Der zurzeit tobende Lohnstreik der Seeleute ist noch immer nicht ganz beigelegt. Wenn ein erheblicher Teil der amerikanischen Schiffe den Verkehr aufrechterhalten konnte, so geschah dies wahrscheinlich deshalb, weil einzelne Reeder die alten Löhne weiterbezahlten. Abfahrtsverzögerungen infolge der Lohnverhandlungen sind aber an der Tagesordnung und 190 Ozeandampfer sind weiter stillgelegt. An erster Linie ist die Schiffahrt auf dem Stillen Ozean betroffen, wo der größte Teil der Schiffe festliegt. Als ein weiterer ernster Schlag für die amerikanische Schiffahrt muß das neue Einwanderungsgesetz angesehen werden, das den Auswandererzustrom nach den Staaten erheblich beschränkt. Durch dieses Gesetz werden die großen Passagierdampferlinien, insbesondere die United American Lines und die United St. Mail Steam Ship Co. schwer betroffen. Das Passagiergeschäft ist und wird wahrscheinlich auch später gewinnbringender als das Frachtgeschäft sein. Der finanzielle Ausfall tritt also schwer in die Erscheinung. Unklar bleibt, wie die noch im Bau befindlichen großen Passagierschiffe, die besonders dem Auswandererdienst dienen sollten, später nutzbar gemacht werden. Es scheint die Absicht zu sein, zu versuchen, dieselben auf neuen Linien, z. B. von Europa nach Argentinien oder nach Palästina, einzustellen. Da die amerikanischen Schiffe aber hier überall auf gut eingefahrene Konkurrenten stoßen werden, erscheint es mindestens zweifelhaft, ob sich das Geschäft lohnen wird. Hg.

Hapag und Harriman-Konzern.

London, 16. Juni. (W. T. B.) Wie die Blätter aus New York melden, erklärte Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerikalinie vor der Rückreise nach Hamburg, das der 1920 mit der Harrimen-Schiffahrtsgesellschaft geschlossene Vertrag für einen gemeinsamen Dienst auf den vor dem Krieg von der Hamburg-Amerikalinie befahrenen Routen befriedigend arbeite und daß beide Parteien beabsichtigten, den gemeinsamen Betrieb fortzusetzen.

Die deutschen U-Boote in Frankreich.

Paris, 17. Juni. (W. T. B.) Nach einer Meldung des „Petit Parisien" aus Toulon sind von den 30 ehemals deutschen Unterseebooten, die dort stationiert sind, 6 versenkt worden, 11 hat die französische Regierung in den Dienst ihrer Marine übernommen und umgebaut, 13 weitere sollen noch vernichtet werden.

Nordlandreise des dänischen Königspaares.

Kopenhagen, 17. Juni. Der König und die Königin von Dänemark haben heute auf einem Kriegsschiff mit größerem Gefolge eine mehrwöchige Besuchsreise nach Island und Grönland angetreten.

Paris zur Oberschlesien-Note.

Eigene Drahtmeldung.

I. **Paris,** 17. Juni.

Der „Temps" veröffentlicht heute eine augenscheinlich vom Quai d'Orsay inspirierte Notiz, die besagt, daß die am letzten Donnerstag vom deutschen Botschafter in Paris dem Quai d'Orsay überreichte Note und ihre Sprache den Eindruck erweckte, daß man sich in Berlin nicht genaue Rechenschaft von den Verpflichtungen ablege, welche die augenblickliche Lage in Oberschlesien der deutschen Regierung auferlege.

Es handle sich nicht bloß darum, den General Höfer und den Ulitzka zur Mäßigung zu zwingen, wie man dies in Berlin zu glauben scheine, sondern auch den Gehorsam der deutschen Selbstschutzorganisation in Oberschlesien zu erwirken, wie dies für die polnische Organisation der Fall sei. Eine Pazifierung des Abstimmungsgebietes könne nicht verwirklicht werden, wenn eine der beiden Parteien sich weigere, sich zu unterwerfen. Die deutsche Regierung solle ihren ganzen Einfluß aufbieten, um die deutschen Organisationen dazu zu bringen, sich den Anordnungen der Interalliierten Kommission in Oppeln zu fügen.

Der Standpunkt der französischen Regierung, die nicht gewillt sei, die deutsche Note schriftlich zu beantworten, sei, daß die Alliierten in der oberschlesischen Frage die ihnen gemäß dem Friedensvertrage zustehenden Machtbefugnisse nicht aufgeben dürften und daß diese Frage nur entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages gelöst werden solle.

Kammerdebatte über den Saarbergbau.

Eigene Drahtmeldung.

I. **Paris,** 17. Juni.

In der französischen Kammer wurde heute die Regierungsvorlage über Bildung eines Amtes zur Bewirtschaftung der Zechen und Gruben im Saargebiet erörtert. Der Berichterstatter Lienville beantragte die Annahme der Vorlage, die darauf hinziele, der französischen Regierung in Ausübung ihres Rechts eine regelrechte rationelle Bewirtschaftung der Gruben zu ermöglichen. Der Deputierte Engerand (Rechtspartei) wies darauf hin, daß die Rechte Frankreichs auf das Saarbecken älter seien als die aus dem Friedensvertrage von Versailles hervorgehenden Rechte. **Er halte es für absolut unzulässig, daß das Saarbecken später einmal an Deutschland zurückfallen könne.** Als Beweis für die gute Bewirtschaftung durch Frankreich hebt er hervor, daß im vergangenen Jahre die Kohlenförderung im Saargebiet 20 Millionen Tonnen betragen habe, während sie im Jahre 1913 unter der deutschen Herrschaft sich nur auf 13 Millionen Tonnen belaufen habe.

Der bekannte lothringische Großindustrielle de Wendel (nationaler Block) hebt hervor, daß die Bewirtschaftung des Saarbeckens nur durch den Staat möglich sei, wobei er jedoch einige Vorbehalte in bezug auf die Herstellung von Koks machte. Der Minister für öffentliche Arbeiten erklärte in einer ganz knappen Intervention, die Annahme des Regierungsprojektes sei unbedingt notwendig, da es sich nicht um eine politische, sondern um eine wirtschaftliche Maßnahme handele.

In der Beratung über die Einzelartikel, zu denen dann das Haus ohne weiteres überging, stellte der Deputierte de Maggalon den Gegenantrag, daß der Reingewinn aus der Bewirtschaftung des Saarbeckens der Kasse zur Unterstützung der Kriegsbeschädigten zufließen solle. Dieser Antrag wurde von verschiedenen Seiten, besonders von sozialistischer Seite, entschieden bekämpft, hingegen von royalistischer Seite befürwortet. Da die Diskussion sich in die Länge zu ziehen drohte, griff Briand schließlich in die Debatte ein und meinte, wenn man den Antrag des Deputierten Maggalon annehme, so verstoße man gegen den Friedensvertrag von Versailles, der ausdrücklich vorsehe, daß die Erträgnisse aus der Bewirtschaftung des Saarbeckens dem Reparationsfonds zufließen solle. Der Antrag Maggalon wurde alsdann an den Ausschuß für soziale Fürsorge zurückverwiesen und das Regierungsprojekt ohne Abänderung angenommen.

Belgien gegen den Ramdohr-Freispruch.

Brüssel, 17. Juni. (Agence Belge.) In der Kammer teilte der Justizminister den Bericht mit, den die zum Reichsgericht in Leipzig in dem Verfahren wegen der Grausamkeiten von Grammont entsandten Delegierten erstattet haben. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß das Urteil des Reichsgerichts als Rechtsbeugung erscheine. Der Minister erklärte, daß der belgische Gesandte in Berlin angewiesen sei, gegen den Freispruch zu protestieren.

Baldige Erledigung der Resolution Porter

Funkspruch des W. T. B. „World" meldet aus Washington, daß die Führer der republikanischen Partei im Repräsentantenhaus und im Senat die baldige Beilegung der Meinungsverschiedenheiten über die Resolution, betreffend die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland, angekündigt haben.

Englands Ausfuhr nach Rußland.

London, 16. Juni. (W. T. B.) Im Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß seit Unterzeichnung des englisch-russischen Handelsabkommens für 512 056 Pfund Sterling Waren nach Rußland ausgeführt wurden. Ferner sind für 347 122 Pfund Sterling Waren nach Estland ausgeführt worden, die, wie man annehme, zum größten Teil für Sowjet-Rußland bestimmt seien.

Die Wahrheit über Oberschlesien.

Anklagen gegen die I. K.

Kattowitz, 17. Juni (W. T. B.).

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben folgendes Telegramm an den Ministerpräsidenten Lloyd George in London, Briand in Paris und Giolitti in Rom gerichtet:

In der Nacht zum 3. Mai 1921 ist in Oberschlesien der bis in die geringsten Einzelheiten planmäßig vorbereitete polnische Aufstand ausgebrochen. Heute, sechs Wochen nach dem Beginn des Aufstands, stellen wir die tatsächliche Lage fest.

In dem Machtbereich des französischen Generals Le Comte Denis sind mit seiner Zustimmung die wichtigsten Bahnhöfe: Beuthen am 26. Mai, Tarnowitz am 31. Mai und Kattowitz am 4. Juni den Insurgenten ausgeliefert worden. Die Aufständischen benutzen die Eisenbahnlinien zum Transport von Truppen und Kriegsgerät. Der Aufstand richtet sich gegen die Interalliierte Kommission. Trotzdem haben französische Stellen der Interalliierten Kommission durch die Auslieferung der genannten Bahnhöfe den Aufstand unterstützt. Die Rebellen führen mit geraubten deutschen Lokomotiven und Eisenbahnwagen aus den oberschlesischen Gruben geförderte Steinkohle nach Polen. Die Interalliierte Kommission ist verantwortlich für das ihr zu treuen Händen anvertraute Abstimmungsgebiet, sie hat weder gegen den Raub der Verkehrsmittel, noch gegen den unrechtmäßigen Abtransport von Kohle etwas unternommen.

Seit dem 3. Mai ist das Wirtschaftsleben Oberschlesiens gelähmt. Niemals ist die wirtschaftliche Abhängigkeit Oberschlesiens von Deutschland und seine unlösbare Verbindung mit Deutschland augenfälliger bewiesen worden. Für die Gruben und Hütten fehlen die erforderlichen Betriebsmittel, die Reserveteile, Schmiermittel, Sprengstoffe u. a. Den Hütten fehlen die Rohstoffe. Für die Produktion fehlen die Absatzmärkte und die Aufträge, so daß den Gruben und Hütten völlige Stilllegung und mehr als 200 000 Arbeitern Erwerbslosigkeit droht.

Auf das schärfste betroffen ist auch die oberschlesische Landwirtschaft. Abgesehen von der Entziehung von Arbeitskräften, haben die Insurgenten rücksichtslos die für den Betrieb der Landwirtschaft notwendigen Zugtiere und Wagen fortgenommen, große Mengen Zuchtvieh abgeschlachtet und dadurch die Ernährung Oberschlesiens für lange Zeit aufs ärgste geschädigt.

Heute, sechs Wochen nach Beginn des Aufstandes, organisiert Korfanty eine Miliz. Er läßt zwangsweise Oberschlesier, auch deutschgesinnte, zum Waffendienst ausheben. Die von der Interalliierten Kommission eingesetzte Zensurstelle duldet die Veröffentlichung dieser Anordnung in der polnischen Presse. Zur Finanzierung des Aufstandes haben die Insurgenten eine besondere Steuer ausgeschrieben und die Zahlung der gesetzlichen Steuern an die rechtmäßigen Behörden verboten. Die interalliierte Zensurstelle hat keine Veranlassung gefunden, die Veröffentlichung dieser Anordnungen zu verhindern.

Es ist nichts davon bekannt, daß die Interalliierte Kommission auch nur in einem einzigen Falle die ihrer Autorität hohnsprechenden Verordnungen der Insurgenten öffentlich als für die Bevölkerung unverbindlich bezeichnet hätte.

Tausende von gefährdeten Menschen sind in die Städte geflüchtet. Die Interalliierte Kommission hat die Sorge für deren Unterhalt, Unterbringung und Verpflegung ausschließlich der deutschen Bevölkerung überlassen und sich nicht im geringsten um die Not dieser Unglücklichen gekümmert.

Tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten sind, von ihren Arbeitsstätten ausgesperrt und erwerbslos, in wirtschaftlicher Not. Die Interalliierte Kommission hat sich ihrer noch in keiner Weise angenommen. Wegen der Verwundung von drei französischen Soldaten und der Gefangennahme einiger Franzosen durch Angehörige des deutschen Selbstschutzes sind bei der deutschen Reichsregierung die nachdrücklichsten Vorstellungen erhoben worden. Hunderte von Deutschen sind in Oberschlesien hingemordet, und noch immer ereignen sich Mordtaten, noch immer laufen täglich Meldungen über bestialische Mißhandlung von Deutschen, nur um ihres Deutschtums willen, ein. Tausende von Deutschen schmachten in polnischen Gefangenenlagern. Zur Sühne der Verbrechen, zur Hilfeleistung für die Gefangenen, zum Schutze der Hunderttausenden von bedrohten friedlichen Oberschlesiern ist noch kein wirksames Mittel angewendet worden.

Schon seit Anfang Juni befinden sich die von England gestellten Truppenverstärkungen in Oberschlesien. Noch immer gebärden sich die Aufständischen unbestritten und unangefochten als Herren der Lage. Wir geben den leitenden Staatsmännern der für Oberschlesien verantwortlichen Mächte von diesen Zuständen Kenntnis, damit sie die Interalliierte Kommission anweisen, endlich in dem gequälten Oberschlesien Recht und Gesetz wiederherzustellen.

*

Oppeln, 17. Juni. (W. T. B.)

Die der Zement- und Kalkindustrie Oberschlesiens angehörenden Firmen haben an den Präsidenten der Interalliierten Kommission, General Le Rond, ein Schreiben gerichtet, in dem sie auf die bei mannigfachen Anlässen immer wieder abgegebene Versicherung Le Ronds hinweisen, daß die Bevölkerung Oberschlesiens, sein Wirtschaftsleben, Hab und Gut und die persönliche Sicherheit jedes einzelnen den Schutz der Interalliierten Kommission genießen würde. Die obengenannten Firmen erklären, daß die Interalliierte Kommission trotz dieser Versicherungen den Aufstand in einem Lande, dessen Verwaltung sie im Zustand der Ruhe und Ordnung übernahm, nicht verhindert habe, und daher für die unermeßlichen Schädigungen an Leib, Leben und Sachgütern verantwortlich sei. Zu den davon Betroffenen zähle die oberschlesische Zement- und Kalkindustrie. Ihre Betriebe seien durch den Aufstand stillgelegt, viele ihrer Leiter und Beamten verjagt, deren Heime geplündert, Fabriken und deren Einrichtungen zerstört worden.

Wir erachten es, sagt das Schreiben, als unser gutes Recht, darüber gegen die Interalliierte Kommission Klage zu erheben und von ihr Schadenersatz zu fordern. Seine Höhe werden wir durch Sachverständige feststellen lassen und alsdann unseren Anspruch auf Zahlung geltend machen.

Beweis für Frankreichs Einverständnis.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Ws. **Cosel,** 17. Juni.

Wenn es überhaupt noch irgend eines Beweises des Einverständnisses Frankreichs mit dem Plane Korfantys bedurft hätte, so ist er aufs deutlichste erbracht durch folgenden, größtes Aufsehen erregenden Vorgang, der nur durch die Unbedachtsamkeit eines Offiziers der Interalliierten Kommission bekannt geworden ist.

Der französische Oberst Adam, Kreiskontrolleur in Cosel, hat am 2. Mai d. J. einen Brief an die Gräfin Oppersdorff, geb. Radziwill, gerichtet, die zu jener Zeit im Hotel „Brauner Hirsch" zu Teschen wohnte. Dieser Brief steckte in einem besonders verschlossenen Umschlag, der äußerlich schon auffällig genug war und ist daher, bevor ihn die Adressatin richtig empfing, unterwegs angehalten und gelesen worden. Der Brief ist nur zwei Seiten lang und in größter Hast geschrieben. Er enthielt lediglich ganz eindeutige Hinweise auf den unmittelbar bevorstehenden Angriff Korfantys, dessen Name freilich er nicht nennt. Es heißt u. a. wörtlich:

„Es wird jetzt hohe Zeit, zu verschwinden, da wichtige Ereignisse von großer Bedeutung bevorstehen. Alles Nähere werden Sie in den nächsten Tagen bereits aus den Tageszeitungen lesen."

Es genügt lediglich der Hinweis auf das Datum der Absendung dieses Briefes, nämlich der zweite Mai. Schon am nächsten Tage brachen bekanntlich Korfantys Räuberbanden in das wehrlose Oberschlesien ein.

Die Verhandlungen des Zwölferausschusses.

Ws. **Oppeln,** 17. Juni. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) **Die fortgesetzten Verhandlungen des Zwölferausschusses mit der Interalliierten Kommission haben bis heute abend immer noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Es besteht allerdings die Hoffnung, daß auf Grund bestimmter Voraussetzungen eine prinzipielle Einigung sich vielleicht erzielen lassen dürfte. In einer grundlegenden Frage scheint bereits eine grundsätzliche Einigung erzielt worden zu sein.**

Eine ganz unnötige Verschärfung der ohnehin äußerst gespannten Situation hat die Gesamtlage durch den Streik der gesamten städtischen Arbeiterschaft erfahren, der heute mittag, 1 Uhr, wegen nichtbewilligter Lohnerhöhung von 40 Pfg. Stundenlohn plötzlich ausgebrochen ist. Die Technische Nothilfe wurde sofort aufgeboten und ist in Tätigkeit getreten.

Standrecht in Beuthen.

Beuthen, 17. Juni. (W. T. B.) Garnisonskommandant General Le Comte Denis hat an den Ersten Bürgermeister von Beuthen ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Eine heftige Schießerei trug sich in letzter Nacht zwischen deutschen Stoßtruppen (!) und polnischen Insurgenten, namentlich in den der Friedrichstraße und Redenstraße und dem Wilhelmsplatz benachbarten Stadtteilen zu. Jeder Mensch, ob Pole oder Deutscher, der mit einem Gewehr auf den Straßen von Beuthen angetroffen wird, wird ohne Mitleid von den Garnisonstruppen niedergeschlagen werden. Die polnische Partei ist ebenfalls benachrichtigt, daß jeder Insurgent, der bewaffnet in der Stadt Beuthen angetroffen wird, Erschießung zu gewärtigen hat.

In der Nacht zum 15. Juni wurde wieder von den Aufständischen eine sehr lebhafte Schießerei in den Außenbezirken der Stadt veranstaltet. Die Insurgenten dringen auch bei Tage immer weiter in die Stadt vor, durchsuchen auf der Promenade und in anderen Straßen Spaziergänger nach Waffen und verüben andere Gewalttaten.

Deutsch-polnischer Gefangenenaustausch.

Oppeln, 17. Juni. (W. T. B.) Durch Vermittlung des Genfer Roten Kreuzes ist im Aufstandsgebiet ein Austausch deutscher und polnischer Gefangener vorgenommen worden. In Rosenberg sind gestern Deutsche eingetroffen, die in Internierungslagern von Neu-Berun und Lublinitz gefangen gehalten worden sind. Die Ausgetauschten sind zum allergrößten Teil körperlich und seelisch in traurigster Verfassung. Im Kreise Rosenberg ist die Stimmung der deutschen Bevölkerung auch nach der Besetzung einzelner Orte durch die Truppen der Alliierten sehr erregt. Da sich erneut polnischer Terror sehr stark bemerkbar macht, verlassen zahlreiche deutschgesinnte Oberschlesier unter Mitnahme ihres notwendigsten Hausrates das Gebiet und fliehen westwärts.

Poincaré zur Bündnisfrage.

Eigene Drahtmeldung.

ri. **Paris,** 17. Juni.

In der „Revue des deux Mondes" beschäftigt sich Poincaré mit der Frage des französisch-englischen Bündnisses. Wie England, so sagt Poincaré, uns nicht bei einem französischen Angriff auf Deutschland helfen würde, so würden auch wir England keine eventuelle Hilfe für einen Krieg versprechen können, der nicht einen streng intensiven Charakter in sich tragen würde. Wir haben uns vor allem davor zu hüten, daß wir bei allen Abmachungen, die getroffen werden können, nicht in einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten kommen. Wir sind die Freunde Japans, aber England ist der Verbündete Amerikas. Morgen schon können sich zwischen den Vereinigten Staaten und Japan tausenderlei Ereignisse einstellen, die zu einem Konflikt zwischen den beiden Ländern führen könnten. Inwieweit wird England dabei durch das Bündnis mit Japan in diese Ereignisse verwickelt werden?

Wir haben die Pflicht, unsere völlige Freiheit zu wahren. Kürzlich hatte Briand ganz mit Recht Viviani beauftragt, Präsident Harding über die französische Haltung hinsichtlich der Insel Yap zu beruhigen. Die Erklärung Vivianis war kein Freundschaftsgeschenk, ebensowenig war sie eine Kundgebung ohne Folgen. Unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind unverändert. Deutschland hatte zeitweilig die Illusion, daß die neue amerikanische Regierung sich im Gegensatz zu der Politik Wilsons entschließen würde, sich nicht mehr um die europäischen Fragen zu bemühen und dem besiegten Volke Gelegenheit geben würde, uns nacheinander allmählich die Früchte des Sieges zu nehmen. Deutschland muß bereits fühlen, daß es sich geirrt hat.

Briands Orientpolitik.

Eigene Drahtmeldung.

I. **Paris,** 17. Juni.

In der französischen Kammer nahm heute Briand anläßlich der angekündigten Interpellation des Kommunisten Cachin über die französische Politik in Kleinasien das Wort zu diesem Problem und erklärte, er habe seine Politik, die er früher schon verschiedentlich dargelegt habe, nicht geändert und gedenke dies auch nicht zu tun. Ueber das kleinasiatische Problem jetzt zu diskutieren, halte er für gefährlich und nachteilig. Worte, die in dieser Frage früher im französischen Parlament gefallen seien, seien von den Kemalisten in der Nationalversammlung in Angora aufgegriffen worden, um die Ratifizierung der Londoner französisch-türkischen Abmachungen zu verweigern. Er wolle heute nur noch wiederholen, daß die französische Regierung das Land nicht in ein neues Abenteuer stürzen wolle und daß seine Politik darauf ausgehe, die Pazifizierung des Orients so schnell als möglich zu verwirklichen und die Rechte und die Interessen Frankreichs dabei voll und ganz zu wahren. Die Interpellation Cachin wurde denn auch von der Kammer mit 427 gegen 116 Stimmen auf unbestimmte Zeit verschoben.

Eröffnung der III. Internationale.

Terioki, 17. Juni. (O. E.) Zur Feier des Kongresses wird in Moskau die „Universität der Völker des Orients" eröffnet. Im „Sowjethaus" wird eine Ausstellung veranstaltet, die die internationale Arbeiterbewegung, die Arbeit der kommunistischen Partei und die Aufbauarbeit der Sowjets illustrieren soll. Die erste Sitzung des Kongresses fand in der Großen Staatsoper statt und wurde mit einer Rede des Mitgliedes des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei Bucharin eröffnet. Darauf folgten die Ansprachen von Vertretern der kommunistischen Parteien Deutschlands, Englands, Frankreichs, Polens, der Schweiz, Bulgariens, Koreas und Japans.

Am Tage der Kongreßeröffnung veröffentlichte die Moskauer „Prawda" einen Artikel über die Stellung der süddeutschen Staaten zur kommunistischen Bewegung in Deutschland. Der Verfasser des Artikels, Rück, spricht die Erwartung aus, daß die Steuergesetzgebung das Bauerntum in eine Stellung drängen werde, die als oppositionell gegenüber dem bürgerlichen Staate und zum mindesten als neutral in bezug auf die revolutionäre Arbeiterbewegung bezeichnet werden könnte. Dann werde die „süddeutsche Barriere" dem Ansturm der deutschen Revolution nicht lange standhalten können.

Die Verlegung der Charlottenburger Kriegsbeschädigten.

Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstages hat unter Anhörung der in Frage kommenden Interessenten eingehend von den Zuständen Kenntnis genommen, die sich im Versorgungslazarett Charlottenburg herausgebildet haben. Der Ausschuß bedauert aufs tiefste, daß derartige, das Wohl der Kranken in hohem Maße schädigende Verhältnisse sich entwickeln konnten. Nachdem alle Versuche, die im Interesse der Versorgung der Kranken erforderliche Lösung im Lazarett herzustellen, gescheitert sind, andererseits für genügende anderweitige Unterbringung und ausreichende Versorgung der Pfleglinge Sorge getragen ist, erwartet der Ausschuß, daß die Versorgungskranken in ihrem eigenen Interesse den unvermeidlichen Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums Folge leisten. Bei der Verlegung ist auf die Wünsche der Kranken bezüglich der Auswahl der Krankenhäuser, Lazarette sowie die ärztliche Behandlung weitgehende Rücksicht zu nehmen.

Englische Orientpolitik.

Im Unterhause hat Winston Churchill eine ausführliche Darlegung über die englische Politik im Mittleren Osten abgegeben. Von Aegypten hat Churchill dabei freilich geschwiegen. Ueber dieses Thema hat er zuletzt in Manchester gesprochen und durch die Behauptung, die Vorgänge in Alexandrien zeigten, wie notwendig es sei, britische Besatzungstruppen im Nillande zu behalten, den schärfsten Protest Zaghlul Paschas hervorgerufen. Im Augenblick, wo die Verhandlungen zwischen Adli Pascha und Lord Milner bevorstehen, ist es wesentlich, daß der englische Kolonialminister es ausspricht, die Belassung englischer Streitkräfte in Aegypten selbst sei erforderlich. Vor kurzem hieß es noch, die Briten wollten sich darauf beschränken, die Zone des Suezkanals zu besetzen. Aber das war offenbar nur ein Manöver, um für den von England gewonnenen Großwesir Adli bei der ägyptischen Bevölkerung Stimmung zu machen.

Churchill führte im Unterhaus aus, die englische Politik im Mittleren Osten gehe von drei Punkten aus. Einmal habe England zugesagt, die arabischen Gebiete des ehemaligen osmanischen Reiches würden nicht mehr unter türkische Herrschaft zurückkehren. Churchill mußte übrigens zugeben, daß die Beseitigung der türkischen Verwaltung, die im Lande die einzige tatsächlich vorhandene Autorität abgegeben habe, erst viele der heute zur Erledigung stehenden Schwierigkeiten mit sich gebracht habe. Zweitens habe England den Arabern die Wiederherstellung ihres Volkstums versprochen. Dies ist eine sehr gewundene und vorsichtige Ausdrucksweise. In Wahrheit hat, was durch Schreiben Lord Curzons an den Emir Feissal bestätigt wird, England den Arabern die Schaffung eines nationalen Reiches in Aussicht gestellt. Die Verwirklichung dieses Planes scheiterte an dem Vorstoß der Franzosen nach Damaskus. Churchill sucht über diese für das Ansehen Englands im Orient nicht gerade förderliche Angelegenheit verständlicherweise hinwegzugleiten. Der dritte Faktor ist dann die Festlegung der Engländer gegenüber den Zionisten. Die britische Regierung hat sich verpflichtet, diesen eine nationale Heimstätte in Palästina zu schaffen. Man begreift es, daß Churchill das recht verwickelte Problem von Palästina etwas in den Hintergrund stellt. Er weiß wohl, daß die Empfindlichkeit einflußreicher Kreise bei einer Behandlung dieser Frage leicht verletzt werden könnte. Zutreffend berührte er den Kern der Schwierigkeiten, indem er behauptete, die Durchführung der Zusage an die Zionisten bedeute ein Abgehen von dem Prinzip, daß die beteiligten Bevölkerungen über ihr Schicksal befragt werden sollten. Die 500 000 Mohammedaner und 65 000 Christen in Palästina stehen der jüdischen Einwanderung ablehnend gegenüber. Ja, auch unter den 65 000 Israeliten befinden sich nicht durchweg Anhänger des zionistischen Gedankens. Dafür ist aber der Oberkommissar Sir Herbert Samuel nach den eigenen Worten des Kolonialministers ein glühender Zionist. Bezeichnenderweise lehnte Churchill die Zulassung eines Vertreters des Völkerbundes nach Palästina ab, obwohl doch Großbritannien von dieser internationalen Organisation das Mandat für Palästina erhalten hat. Die militärische Besatzung im heiligen Lande wird nicht herabgesetzt werden können. Auch muß man damit rechnen, daß es längere Zeit dauern wird, ehe in Palästina eine Volksvertretung eingerichtet wird. Denn Churchill hob hervor, eine solche würde die jüdische Einwanderung beschränken. Man sieht also hier, wie die Durchführung der zionistischen Ideale der einheimischen Bevölkerung aufgezwungen werden muß. Ueber die Ausschreitungen und Unruhen in Palästina sowie die Zusammenstöße zwischen den einheimischen und den Zionisten glitt Churchill hinweg. Eine leichte Aufgabe steht den Engländern in Palästina jedenfalls nicht bevor.

Mesopotamien bezeichnete Churchill als das Bollwerk für Indien. Damit wollte er die gewaltigen Ausgaben entschuldigen, die durch die Besetzung des Zweistromlandes verursacht worden sind. Hier hofft Churchill, eine nationale arabische Regierung, natürlich unter britischer Aufsicht einsetzen zu können. Als geeignetsten Bewerber für den mesopotamischen Thron erachtet der Kolonialminister den Emir Feissal, der sich jetzt auf dem Wege nach seinem zukünftigen Reich befindet, um die dortige Bevölkerung für seine Kandidatur zu gewinnen. Sir Percy Cox, der britische Vertreter in Mesopotamien, wird natürlich bemüht sein, für diesen Kandidaten Stimmung zu machen. Churchill sprach ferner von den Erfolgen des Emir Abdullah im Transjordanland, von der den Kurden in Mesopotamien einzuräumenden Sonderstellung und von den Bemühungen, den König des Hedschas mit dem Fürsten der Wahhabiten, dem Emir Ibn Saud, auszusöhnen.

Auf das grundlegende Problem der östlichen Politik kam Churchill, als er die Frage der Herstellung eines dauernden Friedens mit der Türkei für das wichtigste Ziel erklärte. Ferner äußerte er, daß örtliche Streitigkeiten Engländer und Franzosen nicht hindern dürften, gemeinsam im Orient vorzugehen. Dies bezieht sich u. a. auf die Verstimmung, die durch die Begünstigung Feissals und Abdullahs seitens der Engländer in Frankreich hervorgerufen ist. Aber Churchill will auch den Leuten von Angora gegenüber einen anderen Weg einschlagen, als das Frankreich zu tun beabsichtigt. Er meint, man müsse Mustafa Kemal die Macht der Entente vor Augen führen. Frankreich steht da auf einem anderen Standpunkt, freilich nicht aus Verständnis für die Verhältnisse im Orient, sondern weil es einsieht, daß die Verbündeten mit den türkischen Nationalisten nicht fertig werden können, und weil es hofft, diese durch ein gewisses Entgegenkommen von der Verbindung mit Moskau zu lösen. Auch darf das konstantinische Griechenland nach französischer Auffassung nicht gestärkt werden.

Churchill äußerte auch seine Besorgnisse vor dem Eindringen kemalistischer und bolschewistischer Einflüsse in die seiner